

## INHALT

Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison .....	285
Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Handel und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel	
Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen	

## Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison

**Wirtschaftswachstum weiterhin 2% — Sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften — Konsum und Investitionen anhaltend schwach — Zahlungsbilanzüberschuß dank hohen Kapitalimporten — Verteuerungen von Saisonprodukten überdecken Beruhigung des Preisauftriebes, geringe Lohnbewegung**

Die österreichische Wirtschaft verharrt nach wie vor im Wellental der Konjunktur. Absatz- und Ertragschwächen dämpfen die Investitionsneigung der Unternehmungen, soweit es der Absatz zuläßt, werden Vorräte abgebaut. Der Auftrieb des privaten Konsums wird merklich schwächer, weil die realen Maseneinkommen nicht mehr so kräftig wachsen wie bisher und die Unternehmerhaushalte ihre Konsumausgaben einschränken. Konjunkturfördernde Impulse gehen hauptsächlich von den öffentlichen Haushalten aus. Der Bund beabsichtigt, seine Ausgabenpläne für 1967 voll zu verwirklichen, obschon die Steuereinnahmen beträchtlich hinter den Erwartungen zurückbleiben. Auch der Außenhandel stützt die Konjunktur. Vielen Unternehmungen gelingt es, den Export zu steigern oder sich wieder einen größeren Anteil am heimischen Markt zu erobern.

Das hohe Budgetdefizit und die relativ günstige Entwicklung des Außenhandels reichen nur aus, das bisherige mäßige Wachstumstempo von etwa 2% aufrechtzuerhalten. In den konjunktur reagiblen Bereichen, wie vor allem in der Industrie, stagnieren die Leistungen auf dem Vorjahresstand. Nennenswerte positive Zuwachsraten werden nur noch vom

Gewerbe und einigen Dienstleistungszweigen sowie vor allem von der Agrar- und Energiewirtschaft erzielt, deren Angebot großteils von natürlichen Produktionsvoraussetzungen abhängt. In diesen Bereichen tauchen schwierige Probleme der Überschußverwertung auf.

Einige Konjunktursymptome der jüngsten Zeit weisen in verschiedene Richtungen. Die Bauwirtschaft ist dank größeren öffentlichen Aufträgen im Sommer endlich in Schwung gekommen und befruchtet einige vorgelagerte Zweige. Die Konjunkturerwartungen der Industrie haben sich zum erstenmal seit Frühjahr 1966 nicht weiter verschlechtert, wenngleich noch immer viele Firmen über zu hohe Fertigwarenvorräte und unzureichende Auftragsbestände klagen. Andererseits zieht der Rückschlag im Sommerreiseverkehr vor allem in den westlichen Bundesländern weitere Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft. Der Personalbedarf in den Dienstleistungsbereichen ist bereits so weit gedeckt, daß aus struktur- und konjunkturschwachen Bereichen freigesetzte Arbeitskräfte Mühe haben, eine neue Stellung zu finden.

Von der monetären Seite gehen nur geringe Impulse aus. Zwar haben die Überschüsse in der Zahlungs-

bilanz, die hauptsächlich aus Kapitalimporten stammen, die Liquidität der Kreditunternehmungen etwas entspannt. Die Institute verfügen jedoch im Gegensatz zu früheren Perioden schwacher Konjunktur nicht über große flüssige Mittel, die zur Veranlagung drängen und finanzierungsabhängige Investitionen erleichtern. Bund, Energiewirtschaft und andere nicht unmittelbar konjunkturabhängige Großinvestoren sind daher genötigt, sich zu einem namhaften Teil im Ausland zu finanzieren.

Die seit Jahresbeginn anhaltende Flaute der österreichischen Wirtschaft muß im Zusammenhang mit der westeuropäischen Konjunktur gesehen werden. In vielen westeuropäischen Staaten (die wichtigste Ausnahme ist Italien) hat die Konjunktur 1967 nachgelassen, die westdeutsche Wirtschaft, die aus realen und psychologischen Gründen für die österreichische Wirtschaft eine Orientierungsfunktion ausübt, befindet sich in der schwersten Rezession seit Kriegsende. Gemessen an der internationalen Entwicklung hat sich die österreichische Wirtschaft bisher trotz Strukturschwächen relativ gut behauptet. Eine nachhaltige Belebung ist voraussichtlich erst zu erwarten, wenn die westdeutsche Konjunktur wieder stärker in Schwung kommt. Hiefür fehlen vorerst noch beweiskräftige Anzeichen.

Wie stark die heimische Wirtschaft aus einem künftigen internationalen Konjunkturaufschwung, der im allgemeinen Anfang 1968 erwartet wird, Nutzen zu ziehen vermag, hängt in hohem Maße von ihrer Anpassungsfähigkeit und einer konjunkturgerechten Wirtschaftspolitik ab. In den nächsten Wochen und Monaten müssen wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden, die maßgeblich die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1968 beeinflussen werden. Im Budget 1968 klafft nach den bisherigen Verhandlungen noch eine große Lücke zwischen den voraussichtlichen Einnahmen und den Ausgabenanforderungen, die Währungsbehörden haben zu entscheiden, wie weit sie die Finanzierung eines konjunkturpolitisch vertretbaren Budgetdefizites erleichtern sollen, und die Gewerkschaften werden die Grundsätze für ihre Lohnpolitik festlegen. Es läge im gesamtwirtschaftlichen Interesse, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den verschiedenen Teilbereichen so zu koordinieren, daß die österreichische Wirtschaft 1968 wieder ein ausreichendes Wirtschaftswachstum mit möglichst geringem inflatorischen Auftrieb erzielt.

**Wirtschaftswachstum weiterhin 2%**

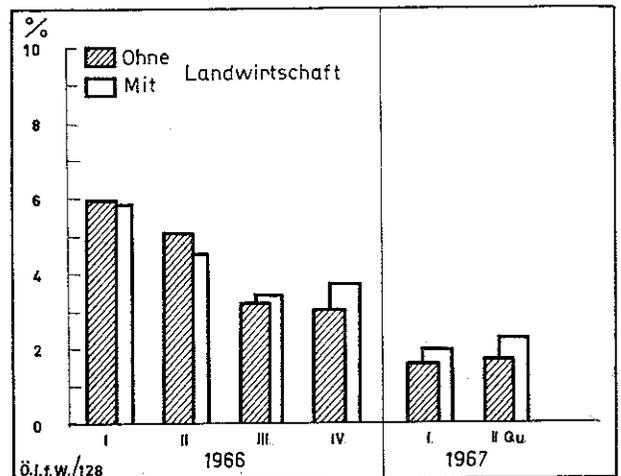
Das reale *Brutto-Nationalprodukt* der österreichischen Wirtschaft war im II. Quartal nach vorläufig-

gen Schätzungen um 2,3% höher als im Vorjahr. Die Wachstumsrate vom I. Quartal (+2,0%) wurde nur deshalb etwas übertroffen, weil das Angebot an Agrarprodukten kräftig stieg. Die reale Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft war um 1,7% höher als im Vorjahr. Die bisher für Juli und teilweise für August vorliegenden Einzeidaten lassen auch für das III. Quartal keine Tendenzänderung erwarten.

**Reales Brutto-Nationalprodukt**

Zeit	Reales Brutto-Nationalprodukt	
	insgesamt	ohne Land- und Forstwirtschaft
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1965	+2,4	+4,3
Ø 1966	+4,3	+4,2
1967 I. Quartal	+2,0	+1,6
II.	+2,3	+1,7

**Zuwachs des realen Brutto-Nationalproduktes**



Das reale Brutto-Nationalprodukt war im II. Quartal 1967 nach vorläufiger Schätzung um 2,3% (ohne Land- und Forstwirtschaft um 1,7%) größer als im Vorjahr. Der Zuwachs war damit nur wenig höher als im Vorquartal.

Die *Industrie* stagniert weiterhin. Ihre Produktion je Arbeitstag war im I. Quartal und von April bis Juli nur knapp so hoch wie im Vorjahr (+0,3%). Die Konjunkturdämpfung erstreckte sich zu Jahresbeginn hauptsächlich auf Investitionsgüter, wogegen die Konsumgüterproduktion noch mäßig expandierte. Seit dem Frühjahr konnten die Investitionsgüterindustrien dank lebhafteren Exporten und höheren öffentlichen Aufträgen etwas aufholen. Auch Grundstoffe wurden wieder in größeren Mengen abgesetzt. Gleichzeitig schwächte sich jedoch die Konsumgüterkonjunktur merklich ab. Vor allem die Produktion von Bekleidungsgegenständen und langlebigen Konsumgütern mußte stark eingeschränkt werden. Bergbau und Magnesitindustrie befinden sich nach wie vor in einer Absatzkrise, die zum Teil strukturelle

Ursachen hat. Von den 23 im Produktionsindex erfaßten Branchen erzeugten in den ersten sieben Monaten elf weniger als im Vorjahr und weitere drei nur knapp (bis zu 1%) mehr. Auffallend schwach war die Industrieproduktion im Juli (-1,5% je Arbeitstag). Offenbar hat die Konjunkturflaute viele Betriebe zu längeren Betriebsurlauben veranlaßt.

Nach den Meldungen im Konjunkturtest des Institutes beurteilten die Unternehmungen Ende Juli die Industriekonjunktur zum erstenmal seit Frühjahr 1966 etwas günstiger als im Vorquartal. Allerdings bezeichneten noch immer 40% der Firmen ihre Auftragsbestände als zu gering und 30% der Firmen ihre Fertigwarenlager als zu hoch. Eine Wende in der Industriekonjunktur scheint sich daher noch nicht abzuzeichnen, bestenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau.

**Industrieproduktion**

Zeit	Bergbau und Grundstoffe	Investitionsgüter	Konsumgüter
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Ø 1965	+3,4	+1,2	+4,6
Ø 1966	+3,4	+2,7	+4,8
1967, I. Quartal	-0,7	-4,2	+2,3
II „ „	+0,3	-0,6	+0,4

1) April bis Juli

Die *Landwirtschaft* hatte neuerlich eine ausgezeichnete Getreideernte. Die Rekorderträge vom Vorjahr wurden nach vorläufigen Schätzungen um 7% übertroffen. Die übrigen Feldfrüchte entwickelten sich unterschiedlich. Es gab weniger Früh- und Sommerobst und meist auch weniger Gemüse als im Vorjahr. Dagegen gedeihen Spätobst und Wein gut. Die Ernten an Zuckerrüben und Futterrüben können noch durch die Regenfälle im September günstig beeinflußt werden, die Erträge an Spätkartoffeln waren niedriger als im Vorjahr. Die tierische Produktion hat den Rückschlag der letzten Jahre überwunden und wächst bemerkenswert kräftig. Die Marktproduktion an Fleisch war im I. Quartal um 2% und von April bis Juli um 14% höher als im Vorjahr, Milch wurde um 5% und 7% mehr geliefert.

Mit dem steigenden Angebot an Brotgetreide und Milch wächst der Finanzierungsbedarf für Preisstützungen und Überschußverwertung (allein der Weizenüberschuß aus der heurigen Ernte dürfte 300.000 t erreichen). Die im Budget 1967 für diesen Zweck vorgesehenen 1,43 Mrd. S (ohne zweckgebundene Einnahmen) reichen nicht aus. Nach Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums müßten 1967 1,88 Mrd. S und 1968 2,05 Mrd. S öffentliche Mittel bereitgestellt werden, wenn das gesamte Angebot zu den geltenden Erzeugerpreisen aufgekauft wird. Eine Abstimmung von Produktion und Verbrauch

über variable Erzeugerpreise wurde bisher von der Landwirtschaft abgelehnt.

Die *Forstwirtschaft* schlugerte im II. Quartal um 13% (im I. Quartal um 4%) mehr Derbholz als im Vorjahr. Das Holzangebot wuchs vor allem deshalb kräftig, weil im letzten Winter viel Schadholz anfiel, das rasch aufgearbeitet werden mußte. Gleichzeitig sank der Absatz von Schnitt- und Schleifholz. Die schwache Binnenkonjunktur dämpfte den heimischen Verbrauch, und der Export litt darunter, daß auch in den Nachbarländern (Deutschland, Schweiz) große Mengen Schadholz auf den Markt kamen. Das steigende Angebot und der schwache Absatz ließen die Holzlager der Forste und Sägewerke steigen und drückten auf die Holzpreise.

Die *Bauwirtschaft* kam auch im II. Quartal nur zögernd in Schwung. Das reale Bauvolumen war etwa gleich hoch wie im Vorjahr (I. Quartal -2%), ob- schon gutes Bauwetter herrschte und die öffentlichen Baubudgets größer sind als im Vorjahr. Die organisatorischen Umstellungen infolge der kleinen Wohnbaureform, die Folgen des „Bauskandals“ sowie der Umstand, daß sich Bund und Länder erst zu Jahresmitte über das Straßenbaukonzept einigten, verzögerten die Auftragsvergabe. Die Bauwirtschaft konnte zum erstenmal seit Jahren ihren Bedarf an Arbeitskräften mühelos decken, zumal sie sich bereits zu Saisonbeginn eine größere Zahl ausländischer Arbeitskräfte gesichert hatte. Erst im Sommer ermöglichten größere öffentliche Aufträge eine befriedigende Auslastung der Baukapazität.

**Leistungen wichtiger Wirtschaftszweige**

Zweig	Ø 1965	Ø 1966	I Qu. 1967	II. Qu. 1967
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Industrie	+3,7	+4,2	+ 0,3	+ 0,4 <sup>1)</sup>
Baugewerbe	+3,5	+6,0	- 2,0	+ 0,0
Güterverkehr	+2,9	+2,5	- 4,5	+ 0,6
Großhandel	+6,1	+5,4	+ 1,3	+ 1,4 <sup>1)</sup>
Einzelhandel	+3,2	+3,6	+ 5,1	- 0,5 <sup>1)</sup>
Fremdenverkehr	+4,2	+4,1	+15,4	- 9,4 <sup>1)</sup>
Forstwirtschaft	+4,6	-3,6	+ 3,7	+13,1

1) April bis Juli.

Von den übrigen Wirtschaftszweigen wurde vor allem der *Handel* von der Konjunkturdämpfung ziemlich stark betroffen. Die realen Umsätze waren von April bis Juli im Einzelhandel um 0,5% niedriger (I. Quartal +5%) und im Großhandel nur um 1% (1%) höher als im Vorjahr. Der Einzelhandel litt unter der geringen Kaufneigung der Verbraucher und dem schwachen Sommerreiseverkehr, im Großhandel wirkten sich vor allem der Rückgang der Importe und die zögernden Bestellungen des Einzelhandels nachteilig aus.

Verkehr und Nachrichtenwesen erzielten im II. Quartal einen Leistungszuwachs von etwa 2% (I. Quartal —2%), der hauptsächlich dem Ausbau des Telefonnetzes zu danken war. Der Güterverkehr überschritt nur knapp den Vorjahresstand. Der Rückgang der Bahn- und Schiffstransporte wurde durch einen lebhafteren Straßenverkehr gerade ausgeglichen. Der Personenverkehr mit Massenverkehrsmitteln (Eisenbahn, Omnibus-Linienverkehr und städtische Verkehrsmittel) war niedriger als im Vorjahr.

Der Fremdenverkehr erlitt nach gutem Start zu Jahresbeginn einen merklichen Rückschlag. Die Zahl der Ausländernachtungen war im I. Quartal noch um 16% höher, von April bis Juli aber um 12% niedriger als im Vorjahr. Im Inländerreiseverkehr folgte auf eine Zuwachsrate von 15% ein Rückgang um 2%. Erst im August dürften vorläufigen Meldungen zufolge wieder annähernd die Vorjahresergebnisse erreicht worden sein. Die Fremdenverkehrskonjunktur hat sich nicht nur in Österreich, sondern auch in den meisten anderen europäischen Reiseländern merklich abgeschwächt. Die heimische Fremdenverkehrswirtschaft wird davon um so schwerer betroffen, als sie sich auf einen anhaltend steigenden Reisetrom eingestellt und ihre Bettenkapazität stark ausgeweitet hat.

**Sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften**

Die Konjunkturdämpfung hat bisher die „Vollbeschäftigung“ kaum beeinträchtigt. Die Zahl der vorgemerkten *Arbeitsuchenden* lag von April bis August nur um etwa 2.000 Personen (0,1% des Angebotes an unselbständigen Arbeitskräften) über dem Vorjahresstand. Nennenswert mehr Arbeitslose gab es nur unter den Metallarbeitern, in den Textil- und Bekleidungsberufen sowie in den allgemeinen Verwaltungs- und Büroberufen. Erst in der ersten Septemberhälfte stieg die Arbeitslosigkeit etwas stärker als saisonüblich und überschritt den Vorjahresstand um 3.800. Die Monatsmitte-Zahlen sind jedoch meist nicht sehr verlässlich und dürfen daher noch nicht als ein Symptom für eine steigende Arbeitslosigkeit gewertet werden.

Die geringe Reaktion des Arbeitsmarktes kann nur z. T. damit erklärt werden, daß die Unternehmungen zögerten, überzählige Arbeitskräfte freizusetzen und ihre Belegschaft nur allmählich durch Aufnahmesperren und vorzeitige Pensionierung alter Arbeitskräfte verringern. Vor allem die Industrie, die die Konjunkturschwäche am meisten zu spüren bekommt, hat ihr Personal ziemlich kräftig reduziert. Sie beschäftigte Ende Juli um 22.400 oder 3,7% weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr, wobei sich die rückläufige

Beschäftigungstendenz in den letzten Monaten eher verstärkte. Dementsprechend wuchs die *Produktivität* entgegen den bisherigen Erfahrungen in Zeiten schwacher Konjunktur ziemlich kräftig. Die Industrieproduktion je Beschäftigten war im 1. Halbjahr um 3,7% höher als im Vorjahr. Berücksichtigt man, daß die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeiter um fast 1% sank, so war der Produktivitätszuwachs (je Arbeitsstunde) mit etwa 4 1/2% kaum geringer als in den letzten Jahren. Das schließt nicht aus, daß vor allem in strukturschwachen Zweigen noch viele Arbeitskräfte entbehrlich sind oder Produkte erzeugen, die nur zu Verlustpreisen verkauft werden können. Diese Strukturprobleme lösen sich jedoch durch eine Verschlechterung der Konjunktur nicht von selbst, sondern erfordern strukturpolitische Maßnahmen, die nur auf längere Zeit Erfolge zeitigen können.

**Arbeitslage**

Zeit	Beschäftigte	Industrie	Arbeitsuchende	Offene Stellen
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000 Personen			
1966, Dezember	—19 3	—16 2	—5 3	+ 1 1
1967, April	—32 2	—17 8	+2 6	—12 1
Juli	—36 7	—22 4	+1 9	—18 0
August	—20 1		+2 0	—17 5

Wichtiger als das konjunkturbedingte „Horten“ von Arbeitskräften war, daß mit dem Bedarf an Arbeitskräften auch das Angebot sank. Die Zahl der *unselbständig Beschäftigten* lag von April bis Juli um 32.000 bis 43.000 unter dem Vorjahresstand, teils weil mit der Einführung des 9. Schuljahres ein Jahrgang jugendlicher ausfiel, teils weil infolge der ungünstigen Altersstruktur die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter *schrumpte*. Im August, als sich bereits ein Teil der heuer Schulentlassenen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellte, verringerte sich das Beschäftigungsmanko auf 20.100. Der vorjährige Beschäftigtenstand dürfte jedoch auch in den kommenden Monaten nicht erreicht werden, obschon mehr ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden.

Nicht zuletzt hielt sich die Arbeitslosigkeit deshalb in engen Grenzen, weil in vielen Dienstleistungszweigen, vor allem im öffentlichen Dienst, ein seit Jahren ungedeckter Bedarf an Arbeitskräften bestand. Arbeitskräfte, die aus der Industrie oder anderen Zweigen mit Konjunktur- oder Strukturschwächen entlassen wurden, konnten daher zunächst relativ leicht und meist im lokalen Bereich in Reparaturwerkstätten, in der öffentlichen Verwaltung oder in öffentlichen Betrieben einen Ersatzarbeitsplatz finden. Der Abbau des Nachfrageüberhanges spiegelt sich deutlich im Stellenangebot. Die Zahl der *offenen Stellen* hatte seit letztem Herbst rückläufige Tendenz, die nur zeitweise durch Saisoneinflüsse über-

deckt wurde. Sie ist gegenwärtig um etwa 18.000 oder ein Drittel niedriger als im Vorjahr. Allmählich scheint sich auch in bisherigen Mangelberufen eine Sättigung des Bedarfes abzuzeichnen. Obschon sich die ursprünglichen Befürchtungen, daß zu Herbstbeginn eine größere Entlassungswelle drohe, als unbegründet erwiesen, könnte doch in den kommenden Monaten die Arbeitslosigkeit nicht nur saison-, sondern auch konjunkturbedingt steigen.

**Konsum und Investitionen anhaltend schwach**

Die heimische Nachfrage der privaten Haushalte und Unternehmungen nach Konsum-, Investitions- und Vorratsgütern blieb schwach. Verglichen mit früheren Perioden der Konjunkturdämpfung hielt sich die Investitionstätigkeit relativ gut, wogegen der private Konsum unerwartet stark nachließ. Die Erklärung hierfür liegt hauptsächlich in der Budgetpolitik der öffentlichen Körperschaften. Sie schöpften durch Tarifierhöhungen und Abbau von Subventionen Konsumkaufkraft ab, damit sie mehr Mittel für öffentliche Investitionen bereitstellen können.

Die privaten Haushalte gaben im II. Quartal real nur um 2% mehr für Konsumzwecke aus als im Vorjahr. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Osterkäufe heuer bereits in den März fielen (vorwiegend aus diesem Grund erreichte die Zuwachsrate im I. Quartal noch 5%), ist der Konsumauftrieb merklich schwächer geworden. Nach den enttäuschenden Einzelhandelsumsätzen im Juli (nominell -1%, real -4%) ist auch im III. Quartal keine Belebung zu erwarten. Die Nachfragedämpfung erstreckte sich auf fast alle Bedarfsgruppen. Am meisten wurden die Anschaffungen von Bekleidungsgegenständen sowie von Wohnungseinrichtungen und Hausrat eingeschränkt. Nur die Ausgaben für Beheizung und Beleuchtung sowie für Bildung, Unterhaltung und Erholung wuchsen stärker als im Vorjahr oder ähnlich stark.

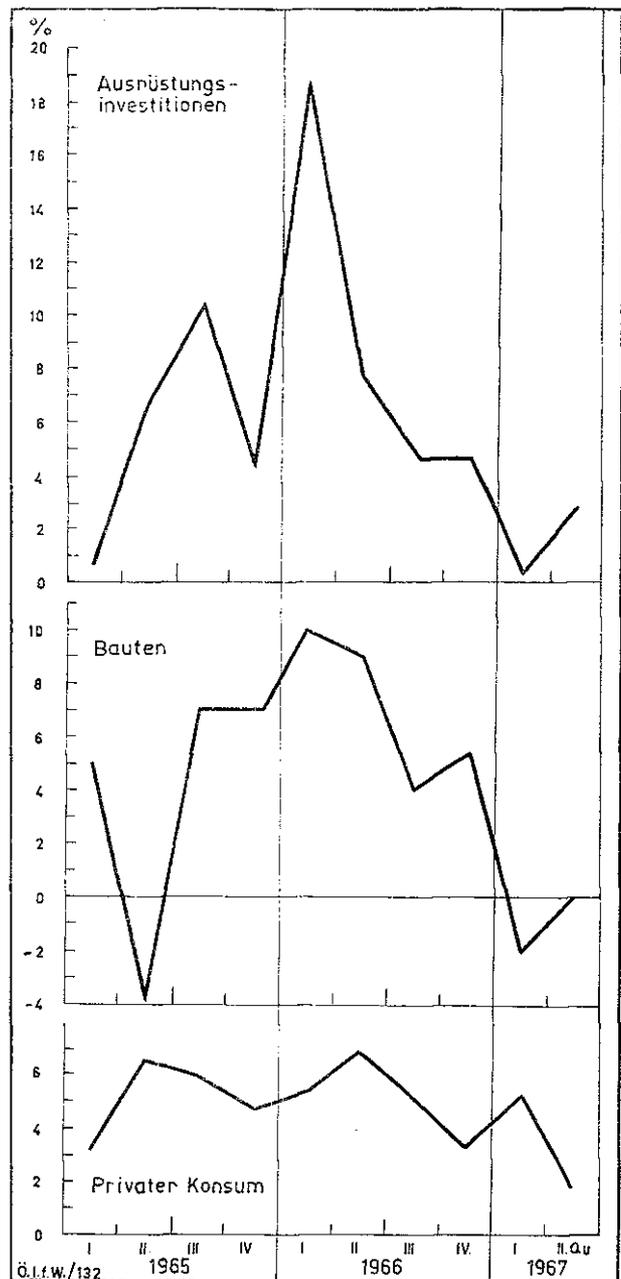
**Privater Konsum und Einzelhandelsumsätze**

Zeit	Privater Konsum	Einzelhandelsumsätze	
		insgesamt	langlebige Güter
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Ø 1965	+5,1	+3,2	+5,7
Ø 1966	+5,1	+3,6	+6,6
1967 I. Quartal	+5,2	+5,1	+5,0
II. Quartal	+1,8	-0,5)	-1,4)

) April bis Juli.

Die Dämpfung des privaten Konsums ist auf den ersten Blick schwer erklärbar, da die Masseneinkommen zumindest bis Mitte 1967 anhaltend hohe Zuwachsraten hatten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Massenkaufkraft durch die starken Verteuerungen zu Jahresbeginn geschmälert wurde. Außer-

**Investitionen und privater Konsum**



Nach der kräftigen Zunahme im 1. Halbjahr 1966 schwächte sich die heimische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern in den folgenden Quartalen merklich ab. Die Investitionstätigkeit hielt sich im II. Quartal 1967 trotz der Konjunkturdämpfung relativ gut, der private Konsum flaute unerwartet stark ab.

dem dürften die Selbständigen, auf die etwa ein Viertel des privaten Konsums entfällt, ihre Verbrauchsausgaben in letzter Zeit kaum noch gesteigert haben. Eine Erhöhung der Sparquote läßt sich nicht nachweisen. Zwar haben die Konsumenten nur zögernd neue Konsumkredite aufgenommen, doch scheinen sie gleichzeitig weniger liquide Ersparnisse gebildet zu haben.

Die *Brutto-Anlageinvestitionen* waren real im II. Quartal um 1,5% höher als im Vorjahr. Die verglichen mit dem I. Quartal (-0,4%) etwas günstigeren Ergebnisse hängen hauptsächlich mit Saisonverschiebungen zusammen. Ausrüstungsgegenstände wurden um 3% (I. Quartal +0,4%) mehr angeschafft, die Bauinvestitionen erreichten nur knapp den Vorjahresstand (I. Quartal -2%). Die Art der neu angeschafften Ausrüstungsgegenstände läßt darauf schließen, daß nahezu der gesamte Zuwachs auf die öffentliche Hand (insbesondere Bundesbahn und Post) und auf die Elektrizitätswirtschaft entfiel. Die Landwirtschaft investierte seit Jahresbeginn weniger als im Vorjahr, obschon sie höhere Erlöse hatte und weniger Futtermittel zukaufen mußte. Wieweit sich die von der Industrie geplanten Investitionseinschränkungen bereits auswirkten, läßt sich nicht feststellen. Auffallend stark sanken die Anschaffungen von Fahrzeugen (-10%). Das könnte darauf hindeuten, daß die Unternehmungen zunächst vorwiegend Einzelanschaffungen zurückstellten, bereits begonnene Investitionsprogramme aber möglichst noch zu realisieren versuchten.

**Brutto-Anlageinvestitionen**

Zeit	Insgesamt	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %	
		Bauten	Ausrüstung
Ø 1965	+4,7	+3,6	+5,6
Ø 1966	+7,3	+6,4	+8,1
1967, I. Quartal	-0,4	-2,0	+0,4
II „	+1,5	0,0	+2,8

Über die *Lagerbewegung* liegen nur unvollständige Informationen vor. Aus diesen geht hervor, daß die Unternehmungen weiterhin bestrebt waren, Vorräte abzubauen. Besonders stark lichtete der Einzelhandel seine Lager, sie waren Mitte 1967 bereits um 15% niedriger als im Vorjahr. Ähnliches dürfte für den Großhandel gelten (seine Wareneingänge waren in den ersten sieben Monaten um 2,5% und seine Umsätze um 4% höher als im Vorjahr). In der Industrie deuten die geringen Inlandsaufträge auf Walzwaren und die schwachen Rohwarenimporte auf abnehmende Rohstofflager hin. Die meist als zu hoch empfundenen Fertigwarenlager dürften zumindest seit dem Frühjahr nicht mehr weiter gestiegen sein. Dagegen kam es in einigen anderen Bereichen, wo die Produktion nicht kurzfristig dem Absatz angepaßt werden konnte, wie bei den Elektrizitätswerken, in der Holzwirtschaft und in der Landwirtschaft, zu Vorratsstauungen.

**Zahlungsbilanzüberschuß dank hohen Kapitalimporten**

Die heimische Konjunktur wird nach wie vor durch den Außenhandel gestützt. Die *Ausfuhr* war dem

Wert nach von April bis Juli um 8% (I. Quartal +5%) höher als im Vorjahr. Die Exportbelegung war vor allem Mehrlieferungen von landwirtschaftlichen Produkten und von Fertigwaren zu danken. Nahrungsmittel wurden um 52% mehr ausgeführt, hauptsächlich weil das steigende heimische Angebot und Einfuhrerleichterungen der EWG größere Viehexporte nach Italien ermöglichten. Unter den Fertigwaren (+9%) erzielten sowohl Maschinen und Verkehrsmittel (+12%) als auch andere Fertigwaren (+8%) relativ hohe Ausfuhrzuwächse. Rohstoffe wurden um 4% weniger, halbfertige Waren um 3% mehr exportiert.

**Struktur der Ausfuhr**

Zeit	Nahrungs- u. Genußmittel	Rohstoffe	Halbfertigwaren	Fertigwaren	Insgesamt
Ø 1965	+31,1	+8,6	+6,8	+11,3	+10,6
Ø 1966	-8,8	-1,0	+9,0	+6,7	+5,2
1967, I. Quartal	+26,6	+2,6	+4,6	+4,4	+5,3
II „	+51,7	-3,6	+2,8	+9,3	+7,9

1) April bis Juli.

Die handelspolitische Diskriminierung in der EWG und der Konjunkturrückgang in der Bundesrepublik Deutschland zwingen die heimischen Exporteure, auf andere Absatzmärkte auszuweichen. In die EWG wurden von April bis Juli um 2% weniger Waren geliefert als im Vorjahr. Der Rückschlag im Export nach Deutschland (-14%) und in die Benelux-Länder (-6%) konnte nur teilweise durch größere Lieferungen nach Italien (+26%) und Frankreich (+9%) ausgeglichen werden. Dagegen förderten die Aufhebung der Zölle und der Abbau der britischen Importrestriktionen die Exporte in die EFTA (+18%). Auch die Ausfuhr nach Osteuropa (+17%), Jugoslawien und in einige überseeische Länder (Japan, China) konnte beträchtlich ausgeweitet werden. Im Ostexport ist allerdings schon im 2. Halbjahr ein Rückschlag zu befürchten, da die Clearingkonten verstopft sind. Die österreichischen Guthaben waren Ende Juli mit 23,4 Mill. \$ Verrechnungseinheiten größer als die vereinbarten Überziehungskredite (Swings).

Die *Einfuhr* war von April bis Juli um 1% niedriger als im Vorjahr. Es wurden 2% weniger Nahrungsmittel, 5% weniger Rohstoffe und 3% weniger halbfertige Waren aus dem Ausland bezogen. Nur die Fertigwarenimporte (+1%) waren geringfügig höher, hauptsächlich weil trotz der schwachen Nachfrage der privaten Haushalte weiterhin relativ viel ausländische Konsumgüter bezogen wurden (andere Fertigwaren +7%). Maschinen und Verkehrsmittel wurden um 3% weniger eingeführt als im Vorjahr. Die heimische Investitionsschwäche wirkt sich auf die Importe

stärker aus als auf die heimische Produktion. Das hängt vor allem damit zusammen, daß die relativ hohen Investitionsaufträge von Bahn und Post ausschließlich an heimische Firmen vergeben werden, wogegen Industrie, Bauwirtschaft und Landwirtschaft, deren Investitionen eine rückläufige Tendenz haben, zu einem namhaften Teil ausländische Ausrüstungsgegenstände anschaffen.

**Struktur der Einfuhr**

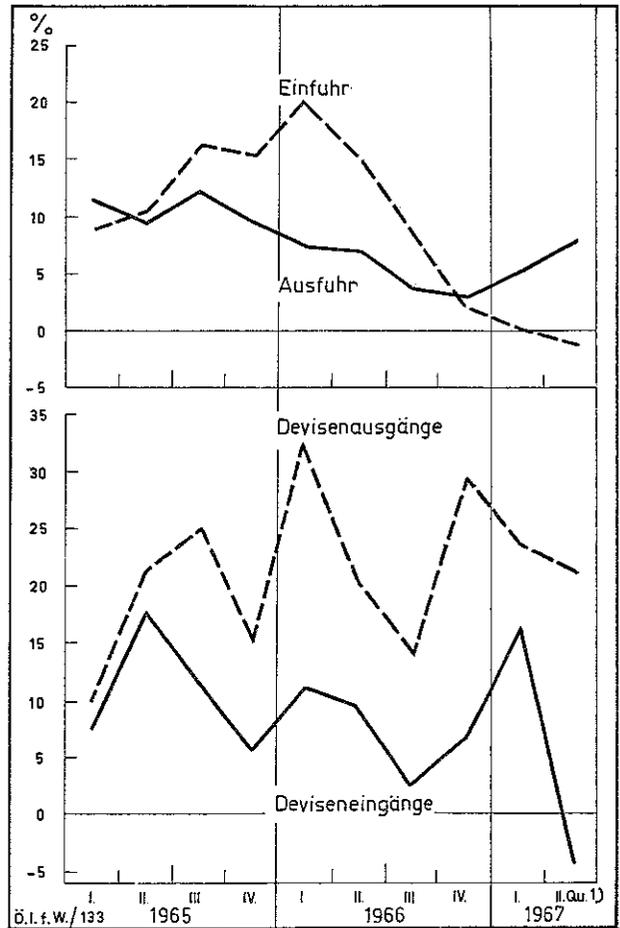
Zeit	Nahrungs- u Genuß- mittel	Roh- stoffe	Halb- fertig- waren	Fertig- waren	Ins- gesamt	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Ø 1965	+23.2	+1.0	+9.6	+16.5	+12.8						
Ø 1966	+3.8	+5.3	+13.3	+13.6	+10.8						
1967 I. Quartal	-16.7	-5.2	-0.3	+6.3	+0.0						
II	-2.2	-4.6	-3.2	+0.7	-1.3						

1) April bis Juli

Infolge der gegenläufigen Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr war der *Einfuhrüberschuß* von April bis Juli mit 4.009 Mill. S um 1.409 Mill. S niedriger als im Vorjahr. Die *Handelsbilanz* wurde vor allem dadurch entlastet, daß der Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln um 388 Mill. S und der an Maschinen und Verkehrsmitteln um 586 Mill. S sank. Im Gegensatz zur Handelsbilanz hat sich die *Dienstleistungsbilanz* verschlechtert. Die Netto-Einnahmen waren von April bis Juli mit 4.205 Mill. S um 679 Mill. S niedriger als im Vorjahr. Im Juni und Juli besuchten viel weniger Ausländer Österreich, während die Devisenausgaben für Auslandsreisen von Österreichern und für Zinszahlungen an ausländische Gläubiger weiter kräftig wuchsen. Da außerdem weniger unentgeltliche Leistungen eingingen (das Kreuznacher Abkommen ist ausgelaufen), dürfte die *Leistungsbilanz* auch 1967 ein beträchtliches Defizit aufweisen (das kumulative Defizit der ersten sieben Monate betrug 1.3 Mrd. S).

Trotzdem ist die *gesamte Zahlungsbilanz* dank hohen Kapitalimporten aktiv. Die valutarischen Bestände der österreichischen Wirtschaft (Notenbank, Kreditunternehmungen und Bund) wuchsen von April bis Juli um 2.7 Mrd. S. Ende Juli waren sie mit 34.4 Mrd. S um 1.8 Mrd. S höher als vor einem Jahr. Die hohen Bestände von 1964 und 1965 wurden allerdings noch nicht erreicht. Die *Kapitalimporte* fließen besonders reichlich. Von April bis Juli kam netto 2.6 Mrd. S kurz- und langfristiges Auslandskapital nach Österreich. In den ersten sieben Monaten (+4.7 Mrd. S) wurden bereits die bisherigen Rekordwerte vom Jahr 1963 (+3.8 Mrd. S) bei weitem übertroffen. Bund, Elektrizitätswirtschaft, Verkehr (Brenner-Autobahn, Pipeline-Bau) und verschiedene verstaatlichte Unternehmungen waren die Hauptkreditnehmer. Aber auch private Firmen bewarben sich stärker als bisher um Auslandskapital.

**Gegenläufige Tendenzen von Außenhandel und Fremdenverkehr**



1) April bis Juli

Im 2. Halbjahr 1965 und in der ersten Hälfte 1966 expandierte die Einfuhr kräftig, wogegen die Ausfuhr nur mäßig zunahm. Seit dem I. Quartal 1966 war der Zuwachs der Importe stark rückläufig, und schließlich unterschritten sie das Vorjahresniveau. Das Wachstum der Exporte hingegen stabilisierte sich und hat sich im 1. Halbjahr 1967 sogar beschleunigt. Der Einfuhrüberschuß ist dadurch ständig kleiner geworden. Im Gegensatz zur Handelsbilanz verschlechterte sich die Dienstleistungsbilanz im II. Quartal 1967 weiter, weil vor allem die Devisenausgänge im Fremdenverkehr (Auslandsreisen) viel kräftiger wuchsen als die Deviseneinnahmen.

Der hohe Kapitalzustrom läßt sich zumindest teilweise damit erklären, daß die Verflüssigung der Geld- und Kapitalmärkte im Ausland (vor allem in der Bundesrepublik Deutschland) bereits weiter fortgeschritten ist als in Österreich. Zwar hat sich dank der Senkung der Mindestreserven und der aktiven Zahlungsbilanz auch die *Liquidität* des heimischen Kreditapparates wieder etwas entspannt. Seine Verschuldung an die Notenbank ist geringer als im Vorjahr und seine kurzfristige Auslandsposition hat sich seit Jahresbeginn wieder etwas gebessert. Eine ähnliche Liquiditätsfülle wie in den Jahren 1963 bis 1965 zeichnet sich jedoch nicht ab. (Mitte 1965 hatten die

Kreditunternehmungen reservewertige Netto-Guthaben im Ausland von 0,8 Mrd. S und waren nur mit 0,4 Mrd. S an die Notenbank verschuldet, Mitte 1967 dagegen bestanden reservewertige Netto-Verpflichtungen an das Ausland von 3,2 Mrd. S und eine Notenbankverschuldung von 2,2 Mrd. S.)

Die nur mäßig steigende Liquidität, der schwache Einlagenzuwachs und die unsicheren Konjunktur- und Ertragsersparungen legten den Kreditunternehmungen weiterhin eine vorsichtige *Veranlagungspolitik* nahe. Ihr Volumen an nicht-titrierten Krediten stieg von April bis Juli um 4,632 Mill. S, um 757 Mill. S weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig schränkten sie ihre Netto-Käufe an Wertpapieren ein, die sonst bei schwacher Konjunktur und steigender Liquidität meist steigen. Nicht zuletzt deshalb ist die Ergiebigkeit des heimischen Kapitalmarktes gesunken. In den ersten sieben Monaten wurden für 2,180 Mill. S Anleihen im Inland emittiert, gegen 2,552 Mill. S im Vorjahr. Bund, Elektrizitätswirtschaft und andere große Investoren waren daher genötigt, ihren steigenden Finanzbedarf zu einem relativ großen Teil im Ausland zu decken.

**Verteuerungen von Saisonprodukten überdecken Beruhigung des Preisauftriebes, geringe Lohnbewegung**

Die Konjunkturschwäche und das Abflauen der Lohnbewegung dämpften den *Preisauftrieb*. Nach der kräftigen Erhöhung im Jänner, die hauptsächlich durch das Nachziehen amtlich geregelter Preise und öffentlicher Tarife verursacht wurde, stiegen die Preise saisonunabhängiger Waren bis August nur um durchschnittlich 0,1% pro Monat. Die meisten Preisindizes blieben nahezu stabil, nur der Aufwand für Mieten und für Reinigung zog etwas stärker an. Der Abstand des Verbraucherpreisindex ohne Saisonprodukte zum Vorjahr ging daher allmählich zurück: von 4,9% im Jänner auf 3,6% im August.

Gleichzeitig kam es jedoch auf den Märkten für landwirtschaftliche Saisonprodukte zu einer Tendenzumkehr. Saisonprodukte waren bis April durchschnittlich um 7% bis 10% billiger als im Vorjahr, seither jedoch meist teurer (im Juli um 12,4% und im August um 6,9%). Der Umschwung wurde vor allem durch das knappe und teure Angebot von Frühkartoffeln ausgelöst. Auch die Preise für Sommerobst waren höher als im Vorjahr, während die Gemüsepreise von Monat zu Monat stark schwankten. Die gegenläufigen Entwicklungstendenzen der Preise für Saisonprodukte und für saisonunabhängige Waren hoben einander großteils auf. Die Steigerungs-

rate des *Verbraucherpreisindex* insgesamt schwankte seit Jahresbeginn um 4% (I. Quartal +4,1%, II. Quartal +4,0%). Im August sank sie auf 3,7%, im September wird sie wahrscheinlich 4% wieder überschreiten, da die Kraftfahrzeug-Haftpflichtprämien, die Rundfunkgebühren und die Preise für Friseurleistungen erhöht wurden.

Noch deutlicher als im Verbraucherpreisindex wirkte sich die Verteuerung von landwirtschaftlichen Saisonprodukten im *Großhandelspreisindex* aus. Sein Abstand zum Vorjahr verringerte sich zunächst von 2,6% im Jänner auf 1,7% im April, vergrößerte sich aber bis August wieder auf 3,4%, obschon die Preise für Rohstoffe und Halbwaren eine anhaltend sinkende Tendenz hatten und die Preise für Fertigwaren nur mäßig (hauptsächlich infolge der Verteuerung von chemischen Erzeugnissen) stiegen.

**Preise und Löhne**

Zeit	Verbraucherpreisindex I		Masseneinkommen insgesamt netto	Monatsverdienste der Industriebeschäftigten brutto	Tariflohnindex
	einschließlich Saisonprodukte	ohne Saisonprodukte			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1965	+5,0	+3,4	+8,9	+8,9	
Ø 1966	+2,2	+3,4	+9,5	+12,0	
1967 I. Qu.	+4,1 <sup>1)</sup>	+4,9 <sup>1)</sup>	+9,8	+11,9	+10,4
II. „	+4,0	+4,4	+8,3	+11,4	+10,9
Juli	+4,3	+3,9		+7,6	+7,8
August	+3,7	+3,6			

<sup>1)</sup> Ab Jänner 1967 Index der Verbraucherpreise 66.

Die *Lohnbewegung* hat sich seit dem Frühjahr merklich beruhigt. In Industrie, Gewerbe und Handel (gewogener Durchschnitt) stiegen die *Tariflöhne* im I. Quartal für Arbeiter noch um 2,3% und für Angestellte um 3,5%, von April bis Juli aber nur um 0,5% und 0,1%. Dennoch hat sich der Abstand zum Vorjahr bis Jahresmitte kaum verringert. Im Juni waren die Tariflöhne noch um durchschnittlich 10,8% höher als im Vorjahr. Erst im Juli begann die Lohnsteigerungsrate zu sinken (Arbeiter +8,2%, Angestellte +6,3%). Im September dürfte das Lohnniveau nur noch um 4% bis 5% höher sein als im Vorjahr, da sich heuer die Lohnsteigerungswelle vom letzten Sommer (die Tariflöhne stiegen im III. Quartal 1966 um mehr als 6%) nicht wiederholte.

Ähnliches wie für die Tariflöhne gilt für die *Verdienste*. Die Brutto-Monatsverdienste der Industriebeschäftigten (einschließlich Sonderzahlungen) waren im I. Quartal noch um 11,9% und im II. Quartal um 11,4% höher als im Vorjahr. Erst im Juli sank die Steigerungsrate auf 7,6%, Stundenverdienste und Tariflöhne der Industriearbeiter sind seit dem Vorjahr etwa gleich stark gestiegen. Während

es sonst in Perioden relativ ruhiger Entwicklung der Tariflöhne vielen Arbeitnehmergruppen möglich war, höhere übertarifliche Entgelte durchzusetzen, läßt gegenwärtig die schwache Konjunktur nur eine mäßige Lohndrift zu.

Der Verzicht auf Lohnerhöhungen wurde den Gewerkschaften im Frühjahr und Sommer dadurch erleichtert, daß ein namhafter Teil der Arbeitnehmer im 2. Halbjahr 1966 höhere Tariflöhne erhielt (die Kollektivverträge laufen üblicherweise länger als ein Jahr). Auch in den letzten Jahren lag zwischen den Lohnwellen eine allerdings meist nur relativ kurze Periode mit niedrigen Steigerungsraten. Selbst wenn

bis Jahresende keine nennenswerten Lohnerhöhungen mehr erfolgen, werden Tariflöhne und Verdienste im Jahr 1967 um 8% bis 9% über dem Vorjahresstand liegen. Ob mehr als eine kurzfristige Dämpfung des Lohnauftriebes erreicht werden kann, wird sich in den nächsten Monaten erweisen. Die Gewerkschaften haben grundsätzlich beschlossen, neue Lohnforderungen zu stellen, wobei jedoch Zeitpunkt und Ausmaß noch offen sind. Die Entscheidung zugunsten einer vorsichtigen Lohnpolitik würde den Gewerkschaften leichter fallen, wenn Wirtschaft und öffentliche Körperschaften Preiserhöhungen möglichst zurückstellten.